

Ä1 Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz transparent fortschreiben

Antragsteller*in: Vorstand des KV Kaiserslautern

Beschlussdatum: 03.04.2019

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 1 bis 14:

~~Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz begrüßt, dass das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz erste Empfehlungen der Expertenkommission des Hochschulzukunftsprogramms umsetzt. Gleichzeitig muss der weitere Prozess dringend neu aufgesetzt und transparent fortgeführt werden um die Strukturreform der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft nicht zu gefährden und alle Beteiligten an allen Standorten mitzunehmen. Darüber hinaus sollen die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt werden und mit den Hochschulen verbindliche Zielvereinbarungen, auf Grundlage der Hinweise des Expertenberichts sowie weiteren Schwerpunkten, die sich im Dialog mit den Hochschulen ergeben, vereinbart werden. Dies sind wichtige Schritte um auch in Zukunft eine starke Struktur für Spitzenforschung und gute Lehre in Rheinland-Pfalz bauen zu können und mit allen beteiligten eine Vision für die Zukunft zu entwickeln.~~

~~Neugründung der Universität Landau-Kaiserslautern~~

Der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz nimmt zur Kenntnis, dass das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz damit beginnt, erste Empfehlungen der Expertenkommission des Hochschulzukunftsprogramms umzusetzen. (1)

Die bisherige Vorgehensweise muss jedoch grundlegend verändert und transparent fortgeführt werden, statt einer Verordnung „von oben nach unten“ hin zu einem Prozess, der nicht den Kompromiss, sondern Konsens zum Ziel hat. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Qualität der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft nicht gefährdet wird. (2)

Darüber hinaus sollen die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt werden, insbesondere im Hinblick auf das hohe Maß an „Freiheit und selbstbestimmter Profilbildung“ und die „Bereitschaft des Landes, gute Rahmenbedingungen zu garantieren“ (s. 20, Abs. 3). Die Landtagskoalition wollte sich mit den Hochschulen „im Dialog mit allen Akteuren auf ein Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz“ verständigen (ebd, Abs. 5). (3) (4)

Zusammenführung der TU Kaiserslautern und der (Teil-)Universität Landau (5)

Von Zeile 21 bis 22:

Minister ~~Prof. Dr. Konrad~~(6) Wolf hat es bisher versäumt die Entscheidung zur Neustrukturierung der Universität Koblenz-Landau und der TU Kaiserslautern im

Von Zeile 27 bis 30:

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz fordert dabei die Einbeziehung aller Statusgruppen der jeweils betroffenen Standorte ~~nicht nur in Strukturfragen zur Fusion, sondern auch bei allen Entscheidungen zu der Form der Zusammenarbeit und~~ zum zukünftigen ~~Leitbild und Schwerpunkt~~Profil der ~~Universität~~beiden Standorte. (7) Dieser Prozess soll klar definierten Regeln folgen und transparent ablaufen.

Von Zeile 32 bis 36:

- Massive Standortinvestitionen sowohl in ~~die Standorte~~ Kaiserslautern ~~und als auch in~~ (8a) Landau, welche nicht zum Nachteil ~~anderer für andere~~ Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Rheinland-Pfalz ~~gehen~~sind (8b).
- Darüber hinaus müssen zusätzliche Stellen für die Umsetzung einer solchen Kooperation geschaffen werden, damit Forschung und Lehre in ihrer bisherigen Qualität weitergeführt werden können. (9)
- Eine Fächergarantie: alle Fächer sollen langfristig an ihren jeweiligen Standorten fortbestehen.~~???~~ (10)

Von Zeile 40 bis 41 einfügen:

- Die neue Partnerschaft auch räumlich zu vernetzen mit einer direkten S-Bahn-Linie von Karlsruhe über Landau, Neustadt nach Kaiserslautern. Zusätzlichen Autoverkehr durch das Biosphärenreservat Pfälzerwald gilt es auf jeden Fall zu vermeiden. (11)
- Die Bedürfnisse von Studierenden und Mitarbeitern bei der Planung von vornherein zu berücksichtigen. Für Studiengänge, die Veranstaltungen an beiden Standorten notwendig machen, ist die Entfernung zu weit. Studierende entscheiden sich dann eher für eine andere Universität. (12)

Von Zeile 43 bis 52:

- Forschungsprojekte nicht zu gefährden und Professor*innen, Mitarbeiter*innen und Student*innen nicht zu verunsichern und Interessenten nicht von vornherein abzuschrecken. (13)
- Den Namen „Technische Universität Kaiserslautern“, der international eingeführt ist, zu erhalten. (5)

~~Weiterentwicklung der Universität Koblenz~~

~~Die Universität Koblenz wird zukünftig alleine die Aufgabe stemmen müssen als Universität im Norden von Rheinland-Pfalz die Region zu stärken. Auch hier fordert Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz eine langfristige Fächergarantie für alle bisher angebotenen Disziplinen. Darüber hinaus muss die regionale Vernetzung, also die Zusammenarbeit mit der Hochschule Koblenz sowie regionaler Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft gestärkt werden. Es gilt zu prüfen inwiefern neue Fächer an der Universität Koblenz angesiedelt werden können.~~

- Dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die den hervorragenden Platz im CHE-Hochschulranking gefährden, den sich die Technische Universität Kaiserslautern in den letzten Jahrzehnten erarbeitet hat. Das CHE-Ranking ist eine wichtige Entscheidungshilfe für Studenten und Professoren bei der Wahl ihrer Universität, und unter den bewerteten Kategorien sind z. B. die Zahl der Veröffentlichungen pro Professor sowie Forschungsgelder pro Wissenschaftler. Ein Abfall im Ranking bedeutet a) Rückgang der Studierendenzahlen, b) Senkung des Niveaus, da die Spitzen-Wissenschaftler sich nicht mehr so häufig für Kaiserslautern entscheiden. (14)
- Genau zu prüfen, ob ein Ausbau der MINT-Fächer in Koblenz nicht Doppelstrukturen schafft, die teuer und unnötig sind. Die MINT-Fächer sind Kernkompetenz der TUK – es gibt hier aktuell 7 Sonderforschungsbereiche. Die hochwertigen Strukturen in Kaiserslautern benötigen eine

entsprechend hohe Zahl an Studierenden - die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Zukunft insgesamt eher wieder zurückgehen wird. (15)

- Wir fordern, dass der Gesetzentwurf zur Zukunft der TUK und des Standorts Landau der Universität Koblenz-Landau vom Wissenschaftsministerium erst dann in den Landtag eingebracht und behandelt wird, wenn sich beide Universitäten über die im Gesetz zu regelnden Vereinbarungen sowie über die zukünftigen Strukturen und deren Finanzierung einig geworden sind. Einigkeit besteht dann, wenn die Entscheidungsgremien der beiden Universitäten zustimmen. Es darf keinen Zwang zur Einigung in einem bestimmten Zeitraum geben. (16)
Weiterentwicklung der Universität Koblenz

Die Universität Koblenz wird zukünftig alleine die Aufgabe stemmen müssen als Universität im Norden von Rheinland-Pfalz die Region zu stärken. Auch hier fordert Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz eine langfristige Fächergarantie für alle bisher angebotenen Disziplinen. Darüber hinaus muss die regionale Vernetzung, also die Zusammenarbeit mit der Hochschule Koblenz sowie regionaler Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft gestärkt werden. Es gilt zu prüfen inwiefern neue Fächer an der Universität Koblenz angesiedelt werden können.

Begründung

1. Wir begrüßen die Umsetzung der Empfehlungen in dieser Form keineswegs. Voraussetzung muss eine Verständigung mit allen Beteiligten sein, sowie ein Konzept, das vermitteln kann, dass diese Umsetzung mit positiven Ergebnissen gelingen kann.
2. Nicht Strukturreform um jeden Preis. Die Verhältnisse dürfen dadurch nicht dauerhaft schlechter werden.
3. Die betreffenden Vereinbarungen nennen! „verbindliche Zielvereinbarungen ... vereinbaren“ ist schlechtes Deutsch, und der Satz schwer verständlich. Es ist m.E. für solche Zielvereinbarungen noch zu früh – das erfordert erst mal eine ausführliche Analyse der Potentiale und der Umsetzbarkeit (incl. Finanzierung).
4. Ob das „wichtige Schritte“ sind, würde ich an dieser Stelle erst mal offen lassen.
5. Von Neugründung ist im Hochschulzukunftsprogramm an keiner Stelle die Rede, nur von Kooperation und „Verbund“. Auch laut Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums ist eine Zusammenführung geplant, nicht eine Neugründung. Der Name TU Kaiserslautern ist eine international bekannte und sehr gut etablierte Marke und darf auf keinen Fall aufgegeben werden.
6. „Minister Wolf“ oder „Minister Konrad Wolf“ reicht völlig aus. Nicht mal bei der Kanzlerin nennt man den akademischen Titel. Das klingt auch zu sehr nach Anbiederung.
7. Nicht „Fusion“ (s.o.). Die Einbeziehung ...nicht nur in Strukturfragen ... sondern auch zum zukünftigen Leitbild ... macht grammatikalisch keinen Sinn.
- 8a. sowohl – als auch (nicht „und“) 8b. ... welche nicht zum Nachteil ... sind (nicht „gehen“).
9. Zusätzlich zu den massiven Standortinvestitionen notwendig, da das nicht mit dem vorhandenen Personal zu stemmen ist.
10. Sollte das wirklich Priorität haben? Wenn Fächer doppelt belegt sind, führt das eher zur Notwendigkeit zu pendeln, und das halte ich für das größere Problem. Dies sollten besser die Universitäten miteinander klären.

11. Es gibt bereits eine recht gute Anbindung, auch durchfahrende Regionalbahnen zwischen Landau und KL. Wenn es gelingt das so zu organisieren, dass kein Pendeln notwendig ist, könnte dieser Punkt entfallen.
12. Hätte m. E. Priorität vor der S-Bahn-Linie und macht sie vielleicht überflüssig.
13. Es gibt bereits Fälle von Professoren, die sich lieber was anderes suchen.
14. Erklärt sich, glaub ich, hinreichend selber. Auch eine fusionierte Uni hätte dadurch Einbußen bei den Studierendenzahlen, und es wurde noch kein Konzept vorgelegt, mit dem man gegensteuern könnte.
15. Ist Teil der Resolution des Stadtrats Kaiserslautern, nach Absegnung durch die Koalitionsparteien – Wir sollten nicht dahinter zurück gehen. Die TUK, die angeschlossenen Institute und die zahlreichen Ausgründungen sind für Kaiserslautern enorm wichtig, deshalb hätte eine Schwächung der MINT-Fächer gravierende Auswirkungen auf die ganze Stadt und das Umland von Kaiserslautern.
16. Ist in etwa so auch schon im Vorfeld der Stadtrats-Resolution vereinbart und von Koalitionsparteien und Minister Wolf abgesegnet. Da sollte man noch mal dran erinnern. Ich habe das ergänzt durch die Konkretisierung, was „Einigung“ bedeutet, und durch die Offenhaltung des Zeitraums.